

Studium Generale in der BRD nach 1945

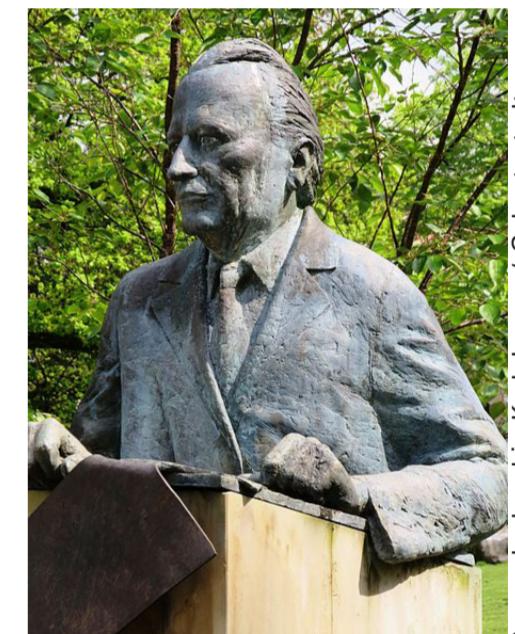
Forschungsprojekt

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag die Universität materiell und geistig am Boden. Die Auseinandersetzung um das Studium Generale nach 1945 steht in direktem Zusammenhang mit der Idee der Universität und der Forderung nach einer Hochschulreform.

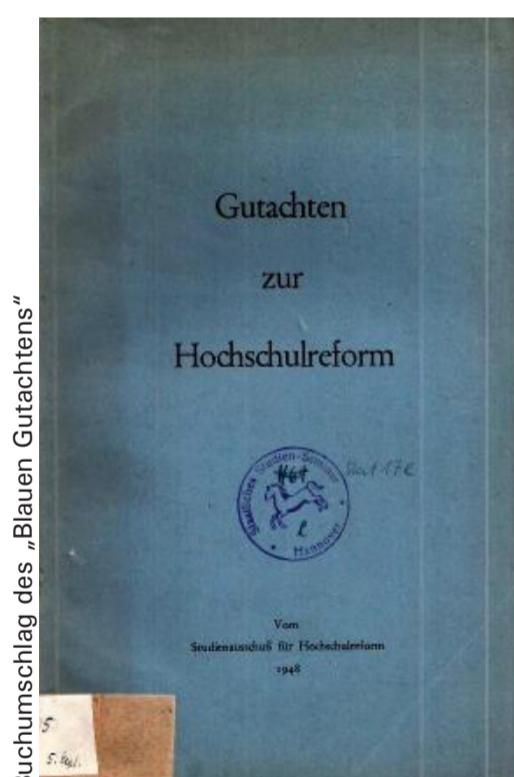
In der kontrovers geführten Diskussion über die Bedeutung und Gestalt des Studium Generale kommt ein Wille zur Form für die in physischer Hinsicht zertrümmerte, in politischer Hinsicht kompromittierte und in wissenschaftlicher Hinsicht zergliederte Universität zum Ausdruck.

Studium Generale: Die klassische Idee der Universität

Karl Jaspers' nach dem Zweiten Weltkrieg neu formulierte Programmschrift „Die Idee der Universität“ (1946) steht exemplarisch für die Forderung nach einer Rückbesinnung auf die neuhumanistisch-idealistiche Bildungstradition. Die ursprünglich der Philosophie zugedachte Aufgabe der Einheit der Wissenschaften wird einem Studium Generale überantwortet. In Form von interdisziplinären Studienprogrammen und Zeitschriften soll das Studium Generale der Entfremdung der Wissenschaften untereinander und der Entfremdung der Wissenschaften vom Leben entgegenwirken.



Bronzedenkmal in Karl Jaspers' Geburtsstadt
Oldenburg

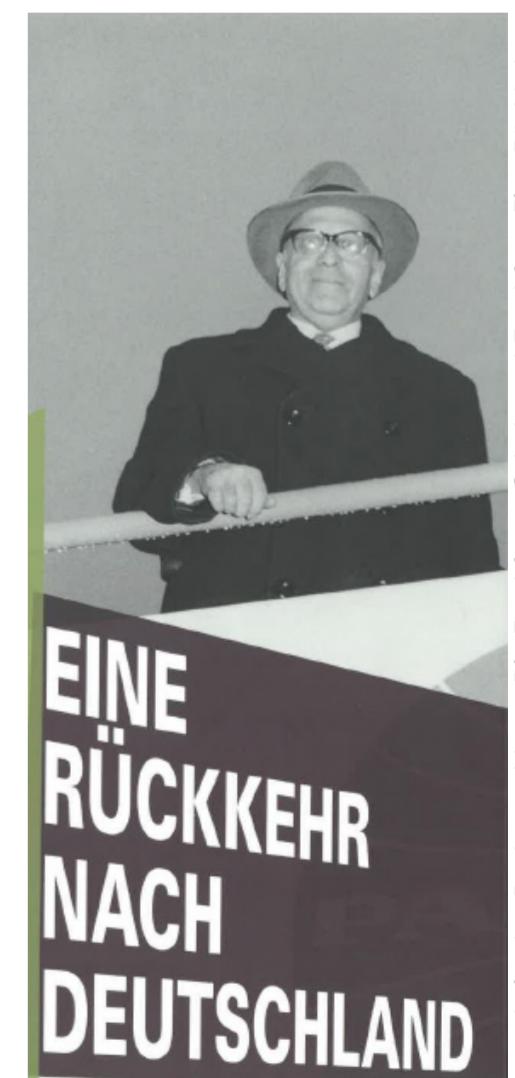


Studium Generale in der Kritik

Für Max Horkheimer, der 1948 erstmals aus der US-amerikanischen Emigration nach Deutschland zurückkehrte, bestand kein Zweifel, dass das humboldtsche Ideal der Persönlichkeitsentwicklung historisch überholt war. Das akademische Studium musste vielmehr auf die Verbesserung des gesellschaftlichen Ganzen zielen. Dabei verstanden die Kritischen Theoretiker die Notwendigkeit zum fächerübergreifenden Denken als individuelle Herausforderung, die nicht als Fach gelehrt oder durch den Besuch eines Programms erlernt werden konnte.

Studium Generale als erziehungspolitische Maßnahme

Für die Alliierten sollte das Bildungssystem im Rahmen der Re-Education-Programme neu ausgerichtet werden. Ein vom Militärgouverneur der britischen Besatzungszone einberufener Studienausschuss der Hochschulreform (1948) empfahl in seinem Abschlussbericht, dem sogenannten „Blauen Gutachten“, die Einrichtung eines Studium Generale, um den Studierenden jenseits der fachlichen und beruflichen Spezialisierung ein soziales, politisches und staatsbürgerliches Bewusstsein zu vermitteln.



Ausschnitt des Buchumschlages „Die Frankfurter Schule und Frankfurt: Eine Rückkehr nach Deutschland“

Das Forschungsprojekt geht davon aus, dass die nach 1945 begonnene Diskussion zur Möglichkeit der Universität unsere Gegenwart betrifft und die gegenwärtige Renaissance des Studium Generale im Kontext der bildungspolitischen Reformen seit dem Zweiten Weltkrieg reflektiert werden muss.

Poster nach Vortrag von Prof. Dr. Rita Casale, Prof. Dr. Gabriele Molzberger und Catrin Dingler M.A., gehalten am 29.06.2017 im Rahmen der Ringvorlesung „Universität als Bildungsraum“